

Fahrplanwechsel sorgt für bessere Verbindungen

Kanton Luzern: öV-Ausbau im Kanton Luzern per 15. Dezember

Mehr Verbindungen, neue Bus- und Bahnlinien im ganzen Kanton Luzern: Der Verkehrsverbund Luzern (VVL) baut das öV-Angebot per 15. Dezember markant aus. Der Fahrplanwechsel bringt auch für die Region Entlebuch/Wolhusen diverse Verbesserungen mit sich.

Die Gemeinden in der Region Luzern West stehen vor dem grössten Ausbau des öffentlichen Verkehrs (öV) der letzten zehn Jahre. Morgens gibt es zusätzliche Pendlerverbindungen mit der neuen S-Bahn S77 zwischen Willisau und Luzern. Eine neue Buslinie zwischen Wolhusen und Malters ergänzt das Angebot. Tagsüber und am Wochenende fahren Bus und Bahn in Luzern West häufiger sowie am Abend länger. Das neue öV-Konzept wurde zusammen mit dem regionalen Entwicklungsträger Region Luzern West und seinen 28 Gemeinden erarbeitet.

Drei Verbindungen pro Stunde
In Luzern West fährt ein zusätzlicher RegioExpress um 22.57 Uhr von Luzern nach Langnau mit zahlreichen Busanschlüssen entlang der Strecke. Zusätzliche Bus-Verbindungen ver-

kehren nach Schwarzenberg und Eigenenthal (Linie 211), Flühl und Sörenberg (Linie 241), Wolhusen-Markt, Doppleschwand und Romoos (Linie 221) sowie Wiggen und Marbach (Linie 251). Mit der Verlängerung der Linie 231 von Ebnet bis Wolhusen Bahnhof profitieren die Kunden von einer zusätzlichen Verbindung nach Wolhusen mit Anschlüssen in Wolhusen an die S77 von und nach Luzern. Die neue S-Bahn S77 fährt morgens und abends sowie zusätzlich um 19.37 Uhr von Luzern via Wolhusen nach Willisau. Der VVL setzt so einen Kundenwunsch um und unterstützt die Anliegen, die Pendlerspitzen am Abend zu entlasten und Arbeitszeiten flexibler zu gestalten. Damit stehen von Montag bis Freitag zwischen Luzern und dem Hinterland von 6 bis 9 Uhr und 15 bis 20 Uhr pro Stunde drei Verbindungen zur Verfügung.

Besseres Abendangebot
Am Abend sind in der Region Luzern West zahlreiche Gemeinden länger mit dem öV erreichbar und untereinander besser erschlossen. Zusätzliche Kurspaare verkehren nach Schwarzenberg und Eigenenthal (Linie 211), Flühl und Sörenberg (Linie 241), Wolhusen-Markt, Doppleschwand und Romoos (Linie 221) sowie Wiggen und Marbach (Linie 251). Das Busangebot ist auf die Bahnanschlüsse abgestimmt, womit es neu auch am Abend attraktive öV-Reiseverbindungen gibt.



Neuerung für Schachen: Die S61 zwischen Schachen und Luzern wird eingestellt, dafür gibt es ab nächster Woche eine Busverbindung von Malters nach Wolhusen mit Haltestellen in Schachen Industrie und Schachen Dorf. [Bild Barbara Camenzind]

Am Sonntag verlängert der VVL die S-Bahn S7 von Wolhusen bis Willisau. Dies sind elf zusätzliche Verbindungen pro Richtung. Damit profitiert die Bevölkerung in der Region am Sonntag ganztags von einem

30-Minuten-Takt zwischen Luzern und Willisau (heute 60-Minuten-Takt). [pd/EA]

Mobilität war das Thema am FDP-Parteitag

Kanton Luzern: FDP tagte am 8. Dezember in Sempach

Am traditionellen Parteitag der FDP Luzern in der Sempacher Festhalle stand die Zukunft der Mobilität in der Schweiz wie auch im Kanton Luzern im Zentrum des Referates von Verhaltensökonom Gerhard Fehr und der Rede von Regierungsrat Fabian Peter. Kantonalparteipräsident Markus Zenklusen verabschiedete Nationalrat Peter Schilliger.

Der Parteitag der FDP. Die Liberalen Luzern hat eine über 100-jährige Tradition. Mit einem Konzert der Brassband Bürgermusik Luzern wurden die gegen 300 Gäste am 8. Dezember in der Festhalle Sempach willkommen geheissen. In seiner Begrüssungsrede animierte Parteipräsident Markus Zenklusen (Emmenbrücke) die Anwesenden, das Feuer für die Wahl seiner designierten Nachfolgerin Jacqueline Theiler und der ersten Frau als Präsidentin der Kantonalpartei an der kommenden Delegiertenversammlung vom 14. Ja-

nuar 2020 zu entfachen. Zenklusen gedachte zudem des verstorbenen ehemaligen Regierungs- und Nationalrates Erwin Müf. Mittels Videobotschaften drückten Nationalrat Albert Vitali, Ständerat Damian Müller, FDP-Schweiz-Präsidentin Petra Gössi sowie alt Regierungsrat Robert Küng dem nicht wiedergewählten Nationalrat Peter Schilliger ihren Dank aus.

Mobilitätslösungen sind gefragt
Gerhard Fehr (Zürich), Verhaltensökonom, zeigte in seinem Referat auf, dass 60 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer gewillt seien, ihr Mobilitätsverhalten zu verändern. 40 Prozent von ihnen könnten das aufgrund institutioneller Rahmenbedingungen nicht tun. Als Beispiel nannte Fehr Pflegefachkräfte. Parkplatzrestriktion führe zu Mehrverkehr und Mobilitäts-Pricing sei der falsche Weg, meinte Fehr. 75 Prozent der Bevölkerung wolle eine gemeinsame Lösung. «Mit einem intelligenten Mobilitätsanreizsystem kann die Schweiz neue Wege gehen», unterstrich er.

Regierungsrat Fabian Peter meinte, einhergehend mit der Entwicklung müssten wir weg von Benzin und Diesel und auf neue Antriebsstoffe umsteigen. Elektromobilität könne einer davon

sein. Die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung müsste dazu aufeinander abgestimmt sein. Als Schlüsselprojekte sieht der Regierungsrat den Durchgangsbahnhof, der nicht nur für Luzern, sondern für die ganze Zentralschweiz sehr wichtig sei, und das Gesamtsystem Bypass, das die Erreichbarkeit des Zentrums verbessere. «Das Spannungsfeld in der Mobilitätspolitik zwischen Stadt und Kanton Luzern beschäftigt mich sehr», verriet Fabian Peter. Die Bedenken der Stadt nehme er ernst, doch würden Lösungen für den ganzen Kanton benötigt. «Es geht darum, die Spitzenzeiten zu brechen und den Verkehr besser auf den Tag zu verteilen.»

«Über den Tellerrand denken»
In der Podiumsdiskussion mit Moderator Oliver Kuhn bekannten sich die Kantonsräte Martin Birrer (Emmen), Othmar Amrein (Eschenbach) und Grossstadtrat Fabian Reinhard (Luzern) zu unterschiedlichem Mobilitätsverhalten. Sie griffen auch die diametralen Bedürfnisse der Stadt und des Landes auf. «Mir scheint, dass es der Stadtpolitik schwer fällt, über den Tellerrand hinaus zu denken», meinte Reinhard. Birrer appellierte: «Wir müssen in der Mobilität Mischformen finden.» Amrein wusste aus der Praxis zu erzählen, dass flexible Arbeitszeiten oft nicht genutzt würden, und die Wirtschaft wesentlich dazu beitragen könne, damit der Pendlerverkehr abnehme. Die Mobilität der Zukunft bot viel Gesprächsstoff auch während des gemütlichen Apéros zum Abschluss des Parteitages. [pd/EA]

Mit mehr Staatsanwälten gegen Internetkriminalität

Kanton Luzern: Botschaft des Regierungsrats an den Kantonsrat

Die Luzerner Staatsanwaltschaft soll genügend Ressourcen haben, um den Kriminellen, die sich im Internet tummeln, das Handwerk zu legen. Der Regierungsrat will deswegen in der Abteilung Spezialdelikte 400 zusätzliche Stellenprozente schaffen.

Der Ausbau der Staatsanwaltschaft mit Fachleuten für die Cyberkriminalität wird jährliche Kosten von 720'000 Franken zur Folge haben. Darin sind neben der Besoldung auch die Raum- und IT-Kosten enthalten, wie aus dem am Montag publizierten Botschaft des Regierungsrats an den Kantonsrat hervorgeht.

Die Luzerner Staatsanwaltschaft hatte im Februar 2019 zusätzliche Spezialisten zur Bekämpfung dieser neuen Kriminalitätsform gefordert. 2018 zählte sie 469 Fälle, die mithilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien begangen wurden. 310 von diesen Fällen wurden sistiert, weil die Täter nicht ermittelt werden konnten. Oberstaatsanwalt Daniel Burri erklärte damals, dass die Strafverfolgung einen Schritt vorwärts machen müsse, damit Luzern nicht von der Cyberkriminalität überrollt werde.

Regierungsrat ist besorgt
Auch die Ausführungen des Regierungsrats in seiner Botschaft tönen besorgniserregend. Die Strafverfolgungsbehörden des Kantons Luzern seien nicht mehr in der Lage, sämtliche Deliktfelder mit der notwendigen Konsequenz zu bearbeiten. Eine proaktive Bekämpfung der Internetkriminalität und des Menschenhandels sei wegen ungenügenden personellen Ressourcen nicht möglich.

Im geschützten Raum
Die Kriminellen nutzen vermehrt digitale Technologien, um ihre Delikte im Cyber-Raum zu begehen oder zumindest in diesem zu kommunizieren. Dabei halten sie sich im geschützten digitalen Raum, im Darknet, auf. Zusammenhängende Taten seien dort nicht erkennbar, schreibt der Regierungsrat in seiner Botschaft.

Wegen der ungenügenden Strafverfolgung verlagert die organisierte Kriminalität ihre Machenschaften zunehmend in den Kanton Luzern. Die Strafverfolgungsbehörden müssten mittelfristig imstande sein, die im digitalen Raum verübten oder geplanten Straftaten zu verfolgen und die zunehmende Kriminalitätsverlagerung in den Kanton Luzern zu stoppen, schreibt der Regierungsrat.

Zusätzliche Stellen schaffen
Der Regierungsrat will die Staatsanwaltschaft 4 in Kriens aufstocken. Diese ist für Spezialdelikte, etwa grosse Drogenfälle oder banden- und gewerbsmässige Vermögensdelikte, zuständig. Heute verfügt die Staatsanwaltschaft 4 über neun Stellen. Es handelt sich um vier Staatsanwälte und fünf Staatsanwalt-Assistenten.
Im Kampf gegen die Cyber-Kriminalität soll die Staatsanwaltschaft eine vollamtliche und zwei hauptamtliche Staatsanwaltschaftsstellen (total 200 Stellenprozente) sowie um drei Staatsanwaltschaftsassistenten (total 200 Stellenprozente) aufgestockt werden.

Weil die Assistenzstellen in der Kompetenz der Oberstaatsanwaltschaft liegen, muss der Kantonsrat nur über die drei Staatsanwaltschaftsstellen entscheiden. Zudem beantragt der Regierungsrat in dem Beschluss noch die Überführung einer befristeten vollamtlichen Stelle bei der Staatsanwaltschaft Sursée in eine definitive Stelle, so dass er dem Parlament zusätzliche Stellenprozente zum Umfang von 300 Stellenprozente zur Genehmigung vorlegt. [sda]



Die Podiumsteilnehmer (von links): Oliver Kuhn (Moderator), Fabian Reinhard, Martin Birrer und Othmar Amrein diskutieren über die Mobilität in der Stadt, der Agglomeration und der Landschaft. [Bild zVg]